Helaba

Im Fokus: Geopolitik
23. Januar 2026

Großmacht-Poker. Wenn zwei sich streiten…

In seinem ersten Jahr hat US-Präsident Trump keine schnellen Anfangserfolge erzielt. Der vor allem mit der Zollkeule geführte Wirtschaftskonflikt gegen China muss vorerst als verloren gelten. Der Krieg in der Ukraine dauert an, darüber können auch vermeintlich andere Friedensabkommen, die die Trump-Regierung für sich reklamiert, nicht hinwegtäuschen. Im Großmacht-Poker mit China verschärft die US-Regierung daher ihre Gangart. Die USA spielen zunehmend ihre militärischen Fähigkeiten aus, um die Führungsrolle in der Welt zurückzugewinnen. Mit Blick auf die Wahlen zum Repräsentantenhaus im November geht die republikanische Regierung damit aufs Ganze.



Ralf Schuster
Geopolitischer Experte
T 069/91 32-28 88

Im ersten Jahr seiner Präsidentschaft wurden **Trump die Grenzen seiner globalen Handlungsfähigkeit vor Augen geführt**. Die Zollkeule, mit der er den wirtschaftlichen Einfluss Chinas auf globaler Ebene zurückdrängen wollte, erwies sich als nahezu wirkungslos. **China** stellte sich als **ebenbürtiger Gegner in der Auseinandersetzung der Großmächte** heraus. Folglich vereinbarten die beiden Präsidenten bei ihrem Treffen in Busan, Südkorea, am 30. Oktober 2025 eine vorläufige Waffenruhe im Handelsstreit.

Dennoch scheint China seine Karten in den Verhandlungen geschickter gespielt zu haben. So hat es die Ausweitung seines Exportkontrollregimes für Seltene Erden zunächst nur für ein Jahr ausgesetzt. Es läuft rein rechnerisch am Ende des Monats aus, auf den die Zwischenwahlen zum US-Repräsentantenhaus (Midterms) im November 2026 folgen. Bis dahin wird es der US-Regierung nicht gelingen, Chinas Vorherrschaft bei der Verarbeitung von Seltenen Erden zu brechen. Dass **China bereit** ist, diese **in allen wichtigen Bereichen – wie Halbleiter, Künstliche Intelligenz, Rüstung, Elektromobilität und alternative Energien – schmerzhaft auszuspielen**, hat es immer wieder demonstriert.

Wie konnte China zu einem derart starken Herausforderer heranwachsen? Es waren die **USA unter Nixon, die dem Land Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts die erste Stufe zurück an den globalen Spieltisch bauten**. Während des Kalten Krieges nutzten Nixon und Kissinger bestehende Spannungen zwischen der UdSSR und China, um sich dem Reich der Mitte anzunähern und einen Verbündeten gegen den damaligen sowjetischen Herausforderer zu gewinnen.

Seither hat sich China zu einer Großmacht entwickelt, die einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einnimmt und aktuell die drittgrößte Atommacht der Welt ist. Der Durchbruch als globale Wirtschaftsmacht gelang mit dem WTO-Beitritt 2001. US-Außenminister Marco Rubio fasste in seiner 2025 veröffentlichten Publikation „The World China Made“ die Meinung vieler China-Falken in der amerikanischen Regierung zusammen: „Das kommunistische **China ist der mächtigste Gegner, mit dem die Vereinigten Staaten seit Menschengedenken konfrontiert sind**. Das ist keine Übertreibung. Wir vergessen manchmal, dass frühere Feinde, darunter Nazideutschland und Sowjetrussland, eine geringere Wirtschaftsleistung hatten als wir. Beide versuchten, ihre Nachbarländer zu erobern und unserem Land zu schaden. Beide scheiterten, weil Amerika sie an Wirtschaftsleistung und Militärmacht übertraf.“ Diese Einschätzung erkennt an, dass China den USA in Wirtschaftsleistung und Militärmacht mittlerweile zumindest ebenbürtig ist.

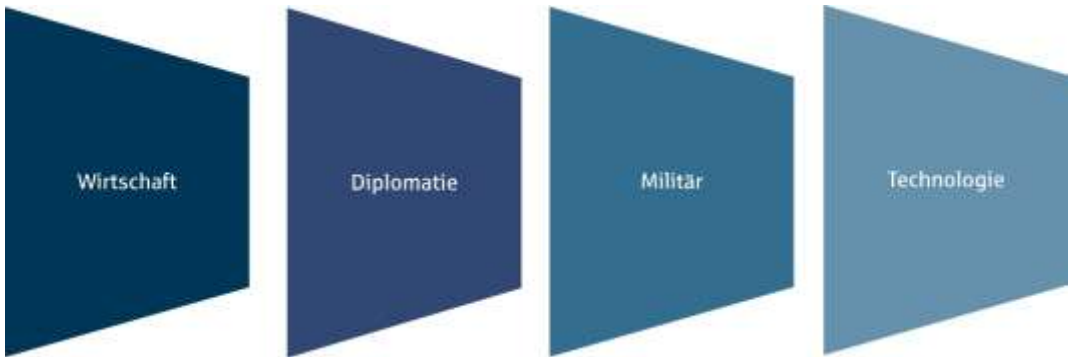
Dies ist für eine **US-Regierung, die ihre Nation wieder „großartig“ machen möchte**, von zentraler Bedeutung. Dabei gesteht sie zunächst ein, dass sie keine Weltmacht mehr ist. In der im Dezember 2025 vorgestellten **Nationalen Sicherheitsstrategie verweist** Donald Trump **auf die schwerwiegenden Fehler der Vorgängerregierung** unter US-Präsident Biden, durch die die globale Führungsrolle der USA endgültig verspielt worden sei. Der Plan,

die USA wieder zur „großartigsten und erfolgreichsten Nation in der Geschichte der Menschheit“ zu machen, wird 2026 – gerade im Hinblick auf die im November anstehenden Zwischenwahlen – die geopolitische Landschaft prägen. Wir resümieren, dass **rund 40 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges eine neue Großmachtauseinandersetzung entbrannt ist**. In diesem geopolitischen Ausblick beleuchten wir einige zentrale Treiber, die das geopolitische Geschehen in diesem Jahr verständlicher machen sollen.

Die vier wichtigsten Fähigkeiten im Großmacht-Poker

In einem seiner Werke hat der Sicherheitsberater von Jimmy Carter, Zbigniew Brzeziński, **die vier wichtigsten Faktoren definiert, die eine Großmacht ausmachen**. Auch der ehemalige Außenminister der Regierung von Joe Biden, Anthony Blinken, hielt an dieser Definition fest.

Die vier wichtigsten Großmacht-Fähigkeiten



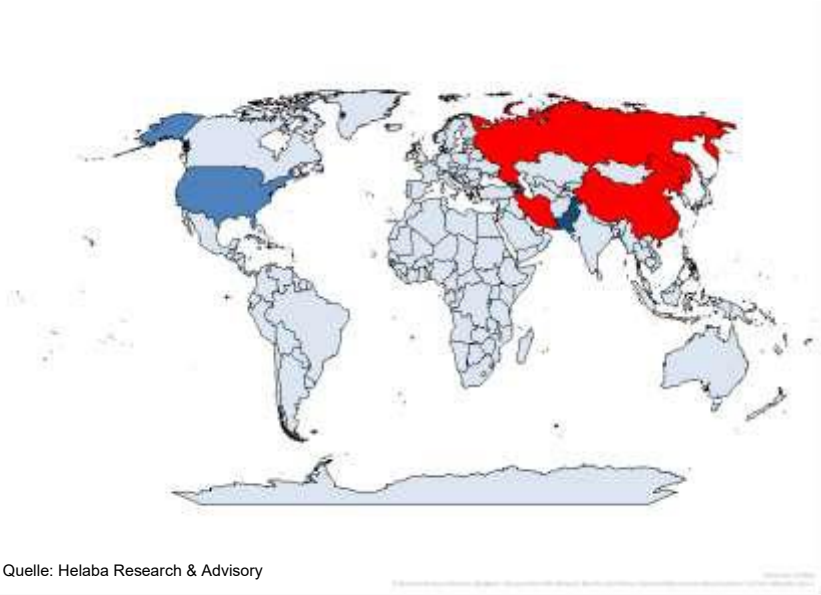
Quelle: Helaba Research & Advisory

Unterstellt wird, dass **nur eine Nation in der Lage ist, die USA herauszufordern, die in allen vier Fähigkeiten – Wirtschaft, Diplomatie, Militär und Technologie – global eine Führungsrolle einnimmt**. Wer aus Sicht der USA die Herausforderer sind, wird in der jährlichen Bedrohungsanalyse der US-Geheimdienste (zuletzt von März 2025) offengelegt. Hier wurden seit 2021 namentlich China, Russland, Nordkorea und Iran erwähnt, denen jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

Unter diesen Akteuren sind drei Atommächte (China, Russland und Nordkorea) und eine Nation (der Iran), der entsprechende Ambitionen unterstellt werden. Ferner teilen China, Russland und Nordkorea Landgrenzen, die einen grenzüberschreitenden Verkehr außerhalb internationaler Kontrollmöglichkeiten ermöglichen. Streng **nach der Definition qualifiziert sich aber lediglich China als Großmacht und ernsthafter Herausforderer** der USA. Warum auch Russland, Nordkorea und Iran als wichtige Akteure geführt werden, liegt an der zunehmenden Kooperation der vier Staaten auf unterschiedlichen Feldern. Hier sei beispielhaft der Einsatz nordkoreanischer Soldaten an der russisch-ukrainischen Front und die Lieferung von iranischen Drohnen an Russland erwähnt.

Diese **Kooperation stellt für die USA eine zentrale Bedrohung dar** – und das nicht nur in geografischer Hinsicht. Gelingt es den vier Akteuren, eine Allianz mit Pakistan, Georgien, Aserbaidschan und Armenien zu schmieden, wären für Zentralasien und die Mongolei der Zugang zum Weltmarkt von diesen „Ringmächten” abhängig. Den **USA würde der Zugriff auf große Teile West- und Ostasiens verwehrt**, was sich auch auf ihre Einflusssphäre in Südost- und Südasien auswirken würde. Diese müssten sich dann mit einer neuen Hegemonialmacht in Asien arrangieren. Die **Verhinderung dieser Vierer-Allianz stand bereits auf der Agenda der ersten Präsidentschaft von Donald Trump,** der die Annäherung an Russland und Nordkorea suchte, die Sanktionen gegen den Iran verschärfte und den Handelskrieg mit China begann.

Vierer Allianz in Asien



Quelle: Helaba Research & Advisory

Während der Amtszeit des demokratischen US-Präsidenten Joe Biden kam es schließlich zum Angriff Russlands auf die Ukraine. Trump betont immer wieder, dass es unter seiner Präsidentschaft nicht zu diesem Krieg gekommen wäre. Für den **US-Präsidenten ist es vermutlich das schwerwiegendste geopolitische Ereignis**, das seine Anstrengungen, eine engere Kooperation der vier Staaten zu verhindern, zunichtemachte. Trump dürfte es vor diesem Hintergrund sehr missfallen, dass es ihm nicht gelingt, Putin mit Versprechen wirtschaftlicher Kooperation aus dieser Allianz zu lösen und somit sein Ziel zu erreichen, den Krieg in der Ukraine zu beenden.

Nach der Annexion der Krim 2014 und der sich dadurch verschlechternden Beziehungen mit dem Westen hat **Russland seine Hinwendung nach Asien** auf der Suche nach neuen wirtschaftlichen und politischen Partnern – vor allem China und Indien – **erfolgreich forciert**. Derweil ist der „Pivot to Asia", der 2011 während der Amtszeit von Barack Obama formuliert wurde und durch Chinas wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Einfluss in der Region motiviert war, noch nicht erreicht. Aktuell hat es nicht den Anschein, dass es Trump gelingt, Putins Entscheidung für Asien und gegen den Westen zu revidieren. Da dem US-Präsidenten die Zeit davonläuft, muss er andere Möglichkeiten nutzen, die Allianz der vier Herausforderer zu brechen, um die globale Führungsrolle der USA zu festigen.

Ein Blick auf den Spieltisch: die Einsätze der Großmächte steigen

Der Trump-Regierung ist es bisher nicht gelungen, China auf wirtschaftlichem Feld zurückzudrängen. Die **Ankündigung im Frühjahr 2025, dass mehr als 50 Länder mit den USA über Zölle verhandeln und neue Handelsabkommen schließen wollen, hat sich als überzogen erwiesen**. Wie aus mehreren Quellen berichtet wurde, versuchte die Trump-Administration mit den Zolldrohungen vor allem Länder dazu zu bewegen, sich wirtschaftlich von China abzuwenden und im Gegenzug weiterhin zollfreien Zugang zum US-Markt zu erhalten. Diese Strategie war nicht erfolgreich, da **Chinas Verflechtung mit der globalen Wirtschaft zu tief verankert** ist. Ein Beispiel ist die bereits erwähnte Verarbeitung Seltener Erden, die zu 90 % in chinesischer Hand liegt und China damit einen Hebel in seinen Beziehungen zu anderen Staaten bietet. In den Beziehungen zu Regierungen des Globalen Südens sind es auch die Lieferungen von Halb- und Fertigwaren, ohne die die Produktionsketten der jeweiligen Länder zum Stillstand kommen würden.

Es kann daher nicht überraschen, dass die US-Regierung nun eine weitere **Großmacht-Fähigkeit ausspielt**, um ihre globalen Herausforderer in die Schranken zu weisen: die militärische Stärke. Vorbilder für ein derartiges Verhalten gibt es in der Geschichte genug. Ein erster Schritt war die Ankündigung Trumps, die **Monroe-Doktrin von 1823 wieder durchzusetzen** – und das in zeitlicher Nähe zur Umbenennung des Verteidigungsministeriums in Kriegsministerium. Während die Monroe-Doktrin ursprünglich im frühen 19. Jahrhundert formuliert wurde, um die westliche Hemisphäre (den amerikanischen Kontinent) vor der Einflussnahme Europas zu schützen, dient sie heute dazu, den wirtschaftlichen und militärischen Einfluss Chinas, Russlands und des Iran zurückzudrängen.

Die Bereitschaft, diese Doktrin wieder durchzusetzen, hat die US-Regierung mit Taten unterstrichen. **2026 begann mit einem geopolitischen Paukenschlag**, als der venezolanische Präsident Maduro und seine Gattin im Rahmen einer militärischen Spezialoperation von **Venezuela** in die USA überführt wurden. Dort stehen beide wegen Drogenhandels und Verschwörung zum Drogenterrorismus vor Gericht. Diskussionen über die Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht können diese Handlung nicht ungeschehen machen. Die erfolgreiche Spezialoperation soll vor allem ein **starkes Signal an alle Regierungen in Mittel- und Südamerika senden**: Die USA werden notfalls mit allen Mitteln ihre Einflusssphäre – den gesamten amerikanischen Kontinent – vor ausländischen Staaten schützen. Bereits in unserem Jahresausblick 2025 hatten wir darauf hingewiesen, dass Trump sich nicht an internationale Konventionen halten und eine härtere Gangart einschlagen werde, um US-Interessen zu schützen.

Im Jahr 2026 werden wir genau beobachten müssen, wie sich die Beziehungen der USA zu den anderen Staaten des Kontinents gestalten. Neben dem Panamakanal, über den die US-Regierung die Kontrolle zurückerringen möchte, dürften Kuba und Kolumbien im Fokus stehen. Die **US-Regierung wird im bevorstehenden Super-Wahljahr in Südamerika**, in dem insgesamt sieben Wahlen anstehen, vor allem daran interessiert sein, dass weiterhin oder künftig **US-freundliche und China-kritische Regierungen die Geschicke der jeweiligen Länder lenken**. Eine derartige politische Entwicklung würde ein weiteres militärisches Säbelrasseln überflüssig machen.

Der Fokus dürfte jedoch auf der **Wahl am 4. Oktober 2026 in Brasilien liegen**, dem größten Land Südamerikas. Schließlich ist das Land neben seiner G20-Mitgliedschaft auch Gründungsmitglied der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und gehört somit aus US-Sicht zu einer Wirtschaftsallianz, die die globale wirtschaftliche Dominanz der USA brechen will. Brasilien dürfte ein heißer Wahlkampf bevorstehen, der auch externe Einflussnahme wahrscheinlicher macht. Es hat bereits ein **kurzes Ringen zwischen Donald Trump und dem brasilianischen Präsidenten Silva de Lula gegeben**, als Trump wegen der sogenannten „Hexenjagd" gegen dessen Vorgänger und Trump-Freund Jair Bolsonaro 50 % Zölle verhängte. Diese kurze Auseinandersetzung **brachte keinen klaren Sieger hervor**, denn die USA schafften die Zölle im November 2025 wieder ab. Mittlerweile hat der wegen versuchten Staatsstreichs zu 27 Jahren Haft verurteilte und inhaftierte Bolsonaro angekündigt, seinen Sohn Flavio bei der Präsidentschaftswahl gegen Lula zu unterstützen. Dies dürfte nicht uneigennützig sein, da Bolsonaro bei einem Sieg seines Sohnes auf eine Freilassung hoffen dürfte.

Arktis wird zunehmend schiffbarer



Quellen: istock, Helaba Research & Advisory

Der Spieltisch wird größer und komplexer

Obwohl die aktuelle US-Regierung dem **Klimawandel** nicht die Bedeutung beimisst, die er global hat, bringt dieser **geostrategische Veränderungen mit sich**. Russland und zuvor die Sowjetunion konnten aufgrund des Packeises nur sehr begrenzt vom Zugang zum Arktischen Ozean profitieren. Militärstrategisch und auch wirtschaftlich war Russland in westlicher Richtung von Warmwasser-Stützpunkten wie Sewastopol auf der Krim abhängig. Durch die Klimaerwärmung geht das Packeis zurück und der **Arktische Ozean wird auch während der Wintermonate durch den Einsatz atomarer Eisbrecher zunehmend schiffbar**.

Seit September 2025 bietet die chinesische Reederei Haijee Shipping Company die erste reguläre kommerzielle Schifffahrtsroute entlang der russischen Küste an. Die Route von China nach Europa dauert nur 18 Tage und ist damit zehn Tage kürzer als die durch den Indischen Ozean und den Suezkanal. Bevor die Reederei Schiffe mit höherer Eisklasse einsetzt, um die Route ganzjährig zu befahren, beschränkt sie ihr Angebot zunächst auf den Zeitraum zwischen Juli und November beschränkt. Aus militärischer Sicht haben die veränderten Schifffahrtsbedingungen zu einer **Neuabwägung der US-**

Verteidigungsfähigkeit gegen Angriffe aus dem Arktischen Ozean geführt. Dabei ist **Grönland** aufgrund seiner geografischen Lage **das erste Verteidigungsschild** gegen militärische Angriffe aus östlicher Richtung auf die USA.

Der **Anspruch der Trump-Regierung auf Grönland hat international für Verwunderung bis Bestürzung gesorgt**. Eine militärische Annexion würde eindeutig gegen internationales Recht verstoßen. Dennoch wäre es nicht das erste Mal in der Geschichte, dass eine Großmacht nach souveränen Territorien oder Teilen davon greift, um seine **Verteidigungsfähigkeit im Falle einer militärischen Auseinandersetzung zu erhöhen**. Ein Beispiel dafür ist der finnisch-sowjetische Winterkrieg1939/40, dem Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen über Gebietsabtretungen vorangingen. Die Sowjetunion verlangte damals von Finnland die Abtretung von Gebieten, um im Verteidigungsfall – einem Angriff der anderen Großmächte aus dem Nordwesten über Skandinavien – eine größere Pufferzone um Leningrad herzustellen. Die zweitgrößte sowjetische Stadt war ein wichtiges Industriezentrum, vor allem im Rüstungsbereich, und lag nur 20 Kilometer von der sowjetisch-finnischen Grenze entfernt. Das machte sie für potenzielle Angreifer zu einem wichtigen militärstrategischen Ziel. Die Sowjetunion bot den finnischen Verhandlungsführern finanzielle und territoriale Kompensation an. Finnland vertraute jedoch auf das internationale Recht, auf internationale Unterstützung und den Völkerbund. Nachdem die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden, griff die Sowjetunion Ende November 1939 Finnland an und zwang es militärisch, Gebiete abzutreten.

Finnland war zu dieser Zeit neutral und nicht Teil eines militärischen Bündnisses, auf dessen Beistand es sich zum Schutz seiner Souveränität und seines Territoriums hätte stützen können. Im Falle Grönlands ist das anders, da Dänemark und die USA dem gleichen Verteidigungsbündnis, der NATO, angehören. Dennoch werden die **USA auch 2026 in bilateralen Gesprächen mit Dänemark darauf drängen, eine Lösung für Grönland zu finden**, die ihre Sicherheitsinteressen berücksichtigt. In seiner jüngsten Rede vor dem World Economic Forum in Davos hat Trump seine diesbezügliche Position klar unterstrichen. Es ist jedoch verfrüht, jetzt schon von einer Zerreißprobe für die NATO zu sprechen. **Geostrategisch können die USA im Verteidigungsfall nicht auf Europa verzichten**. US-Militärexperten gehen seit Jahren davon aus, dass ein konventioneller Zweifrontenkrieg im Nordatlantik und im Pazifik von den USA nicht gewonnen werden kann.

In der aktuellen Situation ist ein wichtiger Verbündeter unverzichtbar, der die Ostflanke künftig unter Einsatz eigener finanzieller und personeller Mittel sichert. Dieser Umstand macht auch deutlich, warum sich die **USA** nicht von Europa abwenden und sogar ein **verstärktes Interesse an den politischen Verhältnissen auf dem Konti**nent haben. In der aktuellen Auseinandersetzung der Großmächte ist nachvollziehbar, dass US-Regierungsvertreter vor allem auf europäische Parteien setzen, die eine große Schnittmenge mit Themen der aktuellen amerikanischen Innen- sowie Außenpolitik aufweisen und diese damit auch international mittragen würden.

Wildcard Weltmarktführerschaft – Schutz für kleine und mittlere Staaten

Die Geschichte zeigt, dass sich **kleine und mittlere Staaten im Krisenfall vor allem auf die internationale Ordnung und deren Institutionen verlassen**, da ihnen eigene Macht fehlt. Die aktuellen Ereignisse in Venezuela, im Iran und in anderen Krisenherden dieser Welt werden verschiedene Staaten dazu motivieren, **Schutz in Bündnissen außerhalb der amerikanischen und chinesischen Einflusssphäre** zu suchen oder sich durch atomare Bewaffnung eine verlässliche Abschreckung vor Übergriffen zu verschaffen. Gerade die atomare Bewaffnung von Staaten führt jedoch langfristig zu globalen Risikoszenarien, die einen stabilen Weltfrieden gefährden. Daher lohnt sich ein Blick auf einen anderen erfolgreichen Ansatz, der vor allem auf Technologieführerschaft setzt.

Taiwan hat sich mit seiner **Weltmarktführerschaft im Halbleiterbereich ein sogenanntes „Silikon-Schild" verschafft**, dass das Land bislang wirksam vor Übergriffen geschützt hat. Damit profitiert es von einer Situation, in der nicht nur die Großmächte, sondern auch mittlere Mächte sowie kleine Staaten von der dominanten Rolle in diesem Segment abhängig sind**.** Taiwan hat einen Weltmarktanteil von rund 60 % der gesamten und 90 % der modernsten Mikrochips. Künstliche Intelligenz, Kommunikation, moderne Rüstungsgüter und weitere zukunftsträchtige Sektoren kommen ohne diese Halbleiter nicht aus. Versucht eine Großmacht, Taiwan zu erobern, kämen daher wohl automatisch die andere und/oder weitere Mittelmächte zu Hilfe. Denn der Zugang zu Halbleitern ist für viele

Nationen der kritischste Faktor, da sich die globale Machtbilanz final verschieben würde, wenn Taiwan in die Hand einer der beiden Großmächte fällt.

Dass diese **Strategie erfolgreich** ist, zeigt sich vor allem daran, dass die USA zu weitreichenden Zollzugeständnissen bereit sind. Die Regierung von US-Präsident Trump steht wohl kurz vor einem Handelsabkommen mit Taiwan. Demnach **könnte der Zollsatz für das Land auf 15 % gesenkt werden**. Dies berichtete die „New York Times" Anfang Januar unter Berufung auf drei mit der Angelegenheit vertraute Personen. Der weltweit führende Chip-Hersteller TSMC würde sich demnach zum Bau von mindestens fünf weiteren Produktionsstätten im US-Bundesstaat Arizona verpflichten.

Wenn man davon ausgeht, dass **kritische Technologien**, wie im Falle Taiwans, **nicht nur in den Händen der Großmächte liegen**, so können sie ein **wirksames Mittel der Deeskalation in deren Auseinandersetzungen** darstellen. Daher sind Technologie und Innovation vor allem in Zeiten des globalen Umbruchs von entscheidender Bedeutung, um den Frieden zu wahren. Deutschland und Europa sollten alles daransetzen, Innovationen und neue Technologien nicht in die Hände der Großmächte abwandern zu lassen. Technologieoffenheit, Innovationsgeist und Risikobereitschaft sind neben einer funktionierenden Verteidigungsbereitschaft der Schlüssel, um weiterhin am globalen Geschehen teilzuhaben und die Rolle eines deeskalierenden Mediators einzunehmen.

Hat Europa noch einen Platz am globalen Spieltisch?

Die Karten werden global neu gemischt und **Europa kommt in der Auseinandersetzung zwischen China und den USA eine neue eigenständige Rolle zu**. Es überrascht nicht, dass US-Präsident Trump immer wieder betont, die Europäische Union sei vor allem eine gegen die USA gerichtete Allianz. Durch diesen Staatenbund gelingt es den USA nicht, die europäische Vielstaaterei – ein Gemisch aus kleinen und mittleren Staaten – aus Großmachtgesichtspunkten für sich zu nutzen.

Beispielhaft sei hier das Ausscheren Spaniens bei der Erhöhung der Verteidigungsausgaben genannt. In einer ersten Reaktion drohte Trump dem Land auf der iberischen Halbinsel mit höheren Zöllen, bevor ihm klar wurde, dass dies auf bilateraler Ebene gar nicht möglich ist. Ferner hat die Debatte um einen EU-Beitritt der Ukraine immer wieder deutlich gemacht, dass die **EU-Mitgliedschaft nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sicherheitspolitische Aspekte hat**. Natürlich ist die Europäischen Union keine ideale Vorlage, wie man als Staatenbund zentral regierten Großmächten Paroli bieten und seine politischen sowie wirtschaftlichen Interessen schützen kann. Dennoch liegt vielleicht gerade in dieser Unvollkommenheit der Schlüssel zur Perfektionierung einer Staatengemeinschaft, die den Bestrebungen der Großmächte auf globaler Ebene geschlossen entgegentreten kann.

Anders als im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen UN gibt es in der EU kein Vetorecht einzelner Staaten. Dieses **Vetorecht macht die Vereinten Nationen teilweise zu einem zahnlosen Tiger** und frustriert vor allem kleine Staaten, die sich auf den Schutz der internationalen Ordnung verlassen müssen. Die Europäische Union bietet jedoch in Krisenzeiten den Mitgliedstaaten eine alternative Sicherheitsarchitektur. Dennoch muss man den Vorwurf gelten lassen, dass der Diskurs innerhalb der EU zäh ist und in den letzten Jahrzehnten vor allem Bestandsschutz durch Regulierung und Bürokratie die wirtschaftliche Dynamik behindert hat.

In den aktuellen Krisenzeiten scheint es aber, dass die EU – wenn auch langsam – in der Lage ist, sich an das globale Umfeld anzupassen. Belege hierfür sind neue Freihandelsabkommen mit Indonesien und das jüngst unterzeichnete Mercosur-Abkommen. Am 21. Januar beschloss das EU Parlament allerdings eine juristische Überprüfung, die das Inkrafttreten verzögern könnte. Hinzu kommen die angestrebten Abkommen mit Indien und weiteren Staaten. Hier wachsen die **Interessen der Europäer mit denen des Globalen Südens zusammen**, der nach verlässlichen Handels- und Technologiepartnern sucht. Es sind vor allem die Länder, die man gerne unter dem Begriff „blockfreie Staaten" zusammenfasst und die eine Abhängigkeit von Großmächten scheuen. Sie sehen in der **EU nicht nur einen konsumstarken Markt, sondern auch eine Alternative, da dieser Staatenbund keine Bestrebungen einer zentral regierten Großmacht verfolgt**.

Die **Länder des Globalen Südens haben den berechtigten Anspruch, die internationale Ordnung zu reformieren**. In den vergangenen acht Jahrzehnten haben sich die globalen wirtschaftlichen Verhältnisse verschoben. Falls die oft angemahnte Reform der Vereinten Nationen sich gerade in der aktuellen Großmachtauseinandersetzung (bedingt durch die Tatsache, dass die USA, China und Russland ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind) nicht durchsetzen kann, dann braucht es einen Nukleus, der eine neue Ordnung schaffen kann. Dieser könnte eine Zusammenarbeit der EU mit den blockfreien Staaten sein.

Die Zusammenarbeit der Staaten der Europäischen Union könnte dabei durchaus als **Blaupause für eine internationale Organisation** dienen, wenn wir bereit sind, die Stärken zu fördern und die Schwächen konsequent zu minimieren. Dabei wird es eine perfekte Form der internationalen Ordnung wohl niemals geben, aber wir nähern uns ihr, wenn eine Architektur entsteht, in der Staaten auf Augenhöhe die Interessen ihres Landes vertreten können und gehört werden. Der dafür erforderliche Diskurs ist Teil des demokratischen Prozesses und führt im Idealfall zu Konsens. Mehr ist in einer Welt mit fragmentierten Interessen nicht zu erwarten. Oder um es mit Henry Kissingers Worten zu sagen: „Ein Kompromiss ist nur dann gerecht, brauchbar und dauerhaft, wenn beide [Anmerkung des Verfassers: „alle"] Parteien damit gleich unzufrieden sind." Die von US-Präsident Trump ins Gespräch gebrachte Alternative eines „Board of Peace" dürfte als Bezahlclub eher die althergebrachte Dominanz der wirtschaftlich Starken fortschreiben.

Fazit: 2026 erfordert geopolitisch ein entschlossenes Handeln

Es **reicht nicht aus, der Auseinandersetzung der Großmächte nur zuzuschauen** und auf den Verlust der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus oder einen schweren wirtschaftlichen Niedergang Chinas zu setzen. Vielmehr **brauchen wir schnell einen Kontrapunkt zu diesem Konflikt**, der eine globale Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, technologischer und politischer Ebene fördert. Eine Lehre der Geschichte ist, wie Großbritannien, die vorletzte Weltmacht, im Kampf der Großmächte seine globale Vormachtstellung verlor. Die USA profitierten davon, da sie im Schatten der beiden Weltkriege durch eine Kombination aus natürlichen Ressourcen und einer massiven Industrialisierung militärische und wirtschaftliche Macht aufbauen konnten.

Der Schlüssel für eine stabilere internationale Ordnung könnte darin liegen, natürliche Ressourcen und Industrialisierung über die Grenzen eines Landes und oder Kontinents hinaus global zu denken und damit Teilhabe für alle Nationen und eine Interessensgemeinschaft zu schaffen. 80 Jahre internationaler Ordnung haben gezeigt, dass **Isolationismus und Protektionismus der falsche Weg** sind. Wer ein Ende der Geschichte proklamiert oder anstrebt, braucht also vor allem Mut und ein offenes Visier.



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:
Dr. Stefan Mitropoulos

Verantwortlich:
Dr. Gertrud Rosa Traud
Chefvolkswirtin/
Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: **www.helaba.com**

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.